Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 251. [50. Jahrgang.] Mittwoch den 26. Oktober 1910. [50. Jahrgang.] Nr. 251.

Berlin, den 25. Oktober.

Rundschau im Auslande.

Aus den Delegationen.

Wien, 24. Oktober. Der Heeresausschuß der Ungarischen Delegation hat heute das gesamte Kriegsbudget angenommen.

Der Heeresausschuß der Oesterreichischen Delegation begann heute die Verhandlung des Marinebudgets. Berichterstatter Schlegel hob die bundestreue Haltung Deutschlands während der Annexionskrise hervor. Die Krise habe gezeigt, daß die Monarchie bündnisfähig sei. Der Marinekommandant erstattete ein gleiches Exposé wie im Marineausschuß der Ungarischen Delegation. Gegenüber einer Anfrage des Delegierten Seitz über einen angeblichen Widerspruch, der zwischen den seinerzeit vom Finanzminister v. Bilinski über die Dreadnoughts abgegebenen Erklärungen und den darauf bezüglichen Ausführungen des Marinekommandanten bestehe, konstatierte der Marinekommandant, daß die Zustimmung zur Offerte des Stabilimento tecnico wegen des Baues zweier Dreadnoughts von den gemeinsamen Ministern erteilt wurde, und daß die beiderseitigen Ministerien erst in der gemeinsamen Ministerberatung am 5. Juli hiervon Mitteilung erhielten. Der Marinekommandant erklärte ferner: Wir haben gewiß jetzt die moralische Verpflichtung zur Uebernahme der Schiffe, aber da die Nachfrage nach diesem Artikel wirklich rege ist, würde der Stabilimento sicherlich nichts verlieren, wenn die Uebernahme durch uns nicht erfolgen würde, weil ein Verkauf zweifellos nach einer anderen Seite sofort durchgeführt werden könnte. Der Ministerpräsident Frhr. v. Bienerth fügte hinzu, die fragliche Erklärung des Finanzministers v. Bilinski sei bereits am 16. April abgegeben worden, also zu einer Zeit, wo die österreichische Regierung keine Kenntnis von einer Vereinbarung mit dem Stabilimento hatte. Die Haltung der österreichischen Regierung sei daher eine solche, daß dadurch einem verfassungsmäßigen Recht der Delegation in keiner Weise präjudiziert werde. Seitz beantragte eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, mit der italienischen Regierung Verhandlungen wegen Einschränkung der Flottenrüstungen einzuleiten.

Zum Abbruch der französisch-türkischen Anleiheverhandlungen.

Konstantinopel, 24. Oktober. Die Pforte hat halbamtlich der Presse die Bedingungen der französischen Regierung für die Kotierung der türkischen Anleihe mitgeteilt. Danach verlangt Frankreich 1. die Ernennung eines französischen Beirates, der in alle durch den Oberrechnungshof zu revidierenden Dokumente Einsicht nehmen und darüber wachen soll, daß die Befugnisse des Rechnungshofes den Beschlüssen der Kammer entsprechend ausgeübt werden. 2. Die Ernennung eines französischen Generaldirektors des Zentral-Rechnungswesens. 3. Die Pforte soll die im Sinne der Forderungen Frankreichs auf dem finanziellen Gebiet einzuführenden Reformen der französischen Regierung offiziell mitteilen. 4. Frankreich verlangt die Ueberweisung des größten Teils der Bestellungen aus dem Ertrage der Anleihe.

Der Finanzminister hat den Vertretern der Presse erklärt, die einfache Lektüre der Bedingungen genüge, um den ablehnenden Standpunkt der Pforte zu verstehen, und hinzugefügt, er werde unverzüglich, vielleicht schon morgen, Verhandlungen mit einer Gruppe der größten deutschen Banken beginnen, die entweder einen Vorschuß gegen Schatzscheine zu gewähren oder die Anleihe zu übernehmen bereit sei.

Persien.

London, 24. Oktober. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat die persische Regierung einige Tage nach dem Eintreffen der letzten englischen Note in Teheran mit der persischen Reichsbank zum Zwecke der Aufnahme einer fünfprozentigen Anleihe im Betrage von 1 200 000 Pfund Sterling Verhandlungen eingeleitet. Die Anleihe soll zur Konversion eines Teils der bestehenden Schuld und für andere Staatszwecke, u. a. zur Einrichtung eines Sicherheitsdienstes auf den Straßen im Süden Persiens verwendet werden.

Ispahan, 24. Oktober. Die Postverbindung zwischen Ispahan und Teheran ist wiederhergestellt.

In einem Artikel des Temps über die durch die englisch-russische Politik in Persien geschaffene Lage lesen wir: Wir ermahnen die Petersburger und die Londoner Regierung zu vorsichtiger Politik. Sobald die russische Regierung sich entschließen wird, ihre Truppen zurückzuziehen, deren Anwesenheit auf persischem Boden die Eingeborenen erbittert und die persische Regierung des unumgänglich notwendigen Ansehens beraubt, wird die Beruhigung Persiens voraussichtlich rasche Fortschritte machen.

Umgestaltung des französischen Generalstabsdienstes.

Paris, 25. Oktober. Präsident Fallières hat einen vom Kriegsminister ausgearbeiteten Gesetzentwurf unterzeichnet, durch den der Generalstabsdienst nach dem Muster des deutschen Großen Generalstabes umgestaltet werden soll. Der Entwurf, der demnächst dem Parlament vorgelegt werden wird, bestimmt insbesondere, daß der Generalstabsdienst sowohl durch Offiziere aller Waffengattungen mit Generalstabspatent als auch durch solche ohne Generalstabspatent versehen werden soll. Hierdurch würde es möglich sein, Generalstabsoffiziere weniger zum Bureaudienst heranzuziehen und sie dafür längere Zeit im aktiven Truppendienst zu belassen.

Französische Terroristen.

Paris, 25. Oktober. Mehrere Blätter melden, daß die Polizei in den Besitz eines Rundschreibens gelangt ist, in dem eine Gruppe von Terroristen ankündigt, daß sie die Ermordung der höchsten Beamten der Republik wegen ihres Verhaltens beim Eisenbahnerstreik beschlossen habe. Der mit der Ueberwachung der Anarchisten betraute Polizeikommissar Guichard fahndet gegenwärtig nach der geheimen Druckerei, in der das Rundschreiben hergestellt ist, und hat zum Schutz der bedrohten Persönlichkeiten alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen. Die Polizei sucht auch nach den Urhebern von Drohbriefen, die täglich dem Polizeipräfekten und anderen Beamten der Polizei sowie verschiedenen Gerichtspersonen zugehen.

Ein Vertrauensvotum für Venizelos.

Athen, 24. Oktober. Venizelos verlangte heute in der Kammer für die zur Befestigung der Ordnung und die Revision der Verfassung nötige Zeit ein uneingeschränktes Vertrauensvotum, andernfalls werde er dem König raten, die Kammer aufzulösen.

Athen, 25. Oktober. Die Kammer hat das Vertrauensvotum für Venizelos mit 208 gegen 31 Stimmen bei 27 Stimmenthaltungen angenommen. Venizelos erklärte, er werde sich die Situation überlegen, da viele Abgeordnete nur aus Gefälligkeit für ihn gestimmt hätten. — Man glaubt, er werde bei seiner Absicht beharren, die Kammer aufzulösen.

Kämpfe mit bulgarischen Banden.

Frankfurt a. M., 24. Oktober. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Saloniki: Militär und Gendarmen vernichteten bei Kirtschewo im Wilajet Monastir eine bulgarische Bande, deren Mitglieder teilweise dem revolutionären Komitee in Sofia angehörten. Mehrere Bulgaren wurden erschossen, vier Verwundete gefangen genommen. Die Gendarmen nahmen auch eine Anzahl verdächtiger Dorfbewohner fest. — In einem zweiten Kampfe bei Debre wurden zwei Soldaten getötet, zwei verwundet, drei Komitatschi erschossen und zwei Verwundete festgenommen.

Portugal.

Die portugiesische Gesandtschaft in Berlin teilt mit: Die provisorische Regierung der portugiesischen Republik wird alle von dem früheren Regime übernommenen gesetzmäßigen Verpflichtungen in aller Form erfüllen.

Was die Frage der Arbeit der Eingeborenen in den Kakaopflanzungen der Inseln S. Thomé und Principe betrifft, so wird die provisorische Regierung der Republik die Verordnungen, die die Eingeborenen schützen und ihnen jede Freiheit in der Aushebung und der Wiederheimkehr gewährleisten, unverzüglich vollständig und aufrichtig in Anwendung bringen.

Lissabon, 24. Oktober. Die portugiesische Botschaft beim Päpstlichen Stuhl ist in eine Gesandtschaft umgewandelt worden.

Lissabon, 25. Oktober. Der Zivilgouverneur von Lissabon hat den Führer der ausständigen Fuhrleute und zwei Delegierte zu einer Besprechung aufgefordert. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt zurzeit 8000. Die Regierung wird die Lebensmittel- und Kohlenzufuhr durch Hülfsmannschaften, die aus Truppen und Feuerwehrleuten gebildet werden, sicherstellen.

Das republikanische Organ Capital glaubt versichern zu können, die republikanische Regierung besitze Beweise, daß die Königin Amelia darauf hingearbeitet habe, England im Falle einer republikanischen Unternehmung gegen die Monarchie zu einer Militärintervention zu veranlassen.

Eine revolutionäre Verschwörung in Uruguay.

Montevideo, 25. Oktober. Hier hat man eine revolutionäre Verschwörung entdeckt. Die Hauptanstifter sind verhaftet worden. Es soll sofort eine Depeschenzensur eingeführt werden, um die Verbreitung beunruhigender Nachrichten zu verhüten. Die Regierung hat alle Maßnahmen ergriffen, um die Ruhe zu sichern.

Kleinere politische Nachrichten.

Das **Wiener Fremdenblatt** teilt mit: In der letzten Zeit brachten mehrere Blätter Nachrichten über bevorstehende Verschiebungen im diplomatischen Dienst. Sind diese Meldungen schon verfrüht, was das Revirement an und für sich betrifft, so müssen sie überdies, soweit sie Näheres über einzelne Persönlichkeiten in Verbindung mit bestimmten Posten enthielten, als schlankweg aus der Luft gegriffen bezeichnet werden. — Aus **Cetinje** meldet das Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureau: Die Nachrichten über angebliche Grenzkonflikte, bei welchen einige Personen getötet und mehrere verletzt worden seien, sind unrichtig. Bei dem Uebertritt türkischer Auswanderer nach Montenegro kam es zwischen diesen und der türkischen Grenzwache, welche die Auswanderer am Uebertritt hindern wollte, zu einem Scharmützel; hierbei wurde jedoch niemand getötet oder verwundet. — Laut einem Telegramm aus Madrid erklären der ehemalige Minister Lacierva und das konservative Parteiorgan Epoca das Gerücht, **Maura**, der Führer der Konservativen, beabsichtige, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen, nachdrücklich für falsch. — Aus Tanger wird berichtet: Die vom Sultan gegen die Haianas ausgesandte **Mahalla** ist in Fez eingetroffen, nachdem es ihr gelungen ist, die Haianas zu beruhigen.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser nahm gestern nachmittag im Reichskanzlerpalais den Vortrag des Reichskanzlers entgegen. Am Abend wohnte Allerhöchstderselbe mit der Prinzessin Viktoria Luise dem Gastspiel Carusos in der Vorstellung Aida im Neuen Königlichen Operntheater in Berlin bei. Kurz vor dem letzten Akt verließen Se. Majestät und die Prinzessin das Haus und begaben Sich nach dem Potsdamer Bahnhof, um von da die Reise nach Brüssel anzutreten. Ihre Majestät die Kaiserin stieg auf der Fürstenstation Wildpark ein, von wo die Reise um 10 Uhr 47 Min. fortgesetzt wurde.

* Seine Majestät der Sultan Mohammed V. vollendet am 26. Oktober das 66. Lebensjahr.

* Großfürstin Wladimir von Rußland, welche sich seit vier Wochen in München bezw. Tegernsee aufhielt, ist gestern abend 10 Uhr 10 Min. mit dem Berliner Schnellzug von dort nach Berlin abgereist, von wo sie sich zu weiterem Aufenthalte zu ihren Verwandten am großherzoglichen Hofe nach Schwerin begibt.

* Das standesamtliche Aufgebot des Prinzen Victor Napoleon und der Prinzessin Klementine von Belgien ist gestern in Moncalieri öffentlich angeschlagen worden. Die Trauung soll am 14. November stattfinden.

* Nach einer Meldung aus Buenos Aires verlautet dort, daß Dr. Emilio Frers zum argentinischen Gesandten in Berlin ernannt worden ist.

* Gestern nachmittag fand in Wien in Anwesenheit des Kaisers und Königs Franz Josef das Leichenbegängnis für den österreichisch-ungarischen Botschafter in Paris Grafen zu Khevenhüller statt. An der Feier nahmen außerdem teil mehrere Erzherzoge, als Vertreter des Deutschen Kaisers Prinz von Hatzfeldt-Trachenberg, als Vertreter des Präsidenten Fallières Botschaftsrat de Saint-Aulaire, Botschafter v. Tschirschky und zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps.

Deutsches Reich.

* Am 1. November d. J. wird ein **Postgiroverkehr zwischen Deutschland und Belgien** eingerichtet. Am Verkehr können einerseits alle Inhaber eines deutschen Postscheckkontos, anderseits alle Personen teilnehmen, die entweder ein Konto bei der Belgischen Nationalbank oder bei einer Privatbank unterhalten, die ihrerseits ein Konto bei der Belgischen Nationalbank hat.

Das von der Belgischen Nationalbank herausgegebene Verzeichnis ihrer Kontoinhaber kann im Deutschen Reich zum Preise von 50 ₰ durch die Postscheckämter bezogen werden. Für die Inhaber eines deutschen Postscheckkontos wird es sich empfehlen, bei ihren Geschäftsfreunden in Belgien, die kein Konto bei der Nationalbank besitzen, anzufragen, ob sie ein Konto bei einer Privatbank haben, die mit der Belgischen Nationalbank im Kontoverkehr steht. Der Postgiroverkehr wird in Deutschland durch die Postscheckämter, in Belgien durch die belgische Postverwaltung vermittelt. Er wird sich in derselben Form abwickeln wie der bereits mit Oesterreich-Ungarn und der Schweiz bestehende Verkehr. Die Inhaber eines Kontos bei einem Postscheckamt in Deutschland benutzen also dieselben Formulare (Giropostkarten, Ueberweisungsformulare, Scheckformulare) wie im inländischen Verkehr. Die Beträge können in der Reichswährung oder in der belgischen Frankenwährung angegeben werden. Der Umrechnungskurs wird vom Reichspostamt unter Anlehnung an die Notierungen der Börse festgesetzt. Die Gebühr beträgt für Ueberweisungen nach Belgien 5 ₰ für je 100 ℳ, mindestens jedoch 20 ₰. Für Ueberweisungen aus Belgien werden dem Gutschriftsempfänger in Deutschland — außer der etwaigen Zuschlaggebühr von 7 ₰ bei mehr als 600 Buchungen — keine besonderen Gebühren in Rechnung gestellt.

* Eine **japanische Kommission**, bestehend aus den Herren Chojiro Ito aus Kobe (Japan), Großgrundbesitzer und Mitglied des Herrenhauses, Vorstandsmitglied des Zentralverbandes für japanische Genossenschaften, Aufsichtsrat der Bank von Korea usw., Tomeri Tanimoto, Professor an der Universität in Kyoto, und Dr. T. Nishigaki, hat in den letzten Tagen in der Landbank zu Berlin und auf deren Kolonisationsgütern in Pommern eingehende Studien auf dem Gebiete der inneren Kolonisation gemacht, um die Frage zu prüfen, inwieweit die Organisation der Landbank und deren Verfahren bei der Schaffung von mittlerem und kleinem Grundbesitz auf japanische Verhältnisse übertragbar ist.

rhc. Mit Rücksicht auf eine **Wiederbeschäftigung von Reservisten im Staatsbahnbetrieb** hatte Minister v. Breitenbach Ende v. J. angeordnet, daß alljährlich eine Nachweisung der Zahl der im verflossenen Jahre wieder zur Beschäftigung im Arbeiterverhältnis angenommenen Reservisten bis Mitte Januar dem Minister vorgelegt werden solle. Ein neuerlicher Erlaß verlangt nun weiter, daß in den Nachweisungen die Gründe angegeben werden in allen denjenigen Fällen, in denen Gesuchen von Reservisten um Wiederbeschäftigung im Eisenbahndienst nicht hat Folge gegeben werden können.

* Wie den Blättern aus München gemeldet wird, ist die Neuregelung des Vorbereitungsdienstes zur **höheren Justizverwaltung in Bayern** durch eine landesherrliche Verordnung erfolgt, die demnächst veröffentlicht werden soll. Sie enthalte als wichtigste Neuerung die bisher verweigerte Berechtigung der Realgymnasien und Oberrealschulen zum Rechtsstudium mit dem Vorbehalt einer Ergänzungsprüfung im Latein für die Absolventen der Oberrealschulen. Die Rechtspraktikanten müssen künftig ihren Vorbereitungsdienst bei den Amtsgerichten beginnen, für ihre praktischen Uebungen werden sie auch künftig den Verwaltungsbehörden zugewiesen, formale Beschäftigung und Schreibwerk fallen weg. Militärdienstzeit wird angerechnet. Die große Staatsprüfung wird durch Einschiebung einer mündlichen Vorbereitungsprüfung erweitert. In der Notenerteilung fällt die Bewertung „genügend“ und die Nebennoten für Stil und Darstellungsgabe künftig weg, bis zu 36 Punkten wird die Note „ausgezeichnet“ erteilt, bis 53 „sehr gut“, bis 70 „gut“. Bisher waren die beiden ersten Noten gleich. Die guten Zweier hatten bisher 70, die schlechten 90, die Dreier 100 Punkte. Jetzt werden mit der Gesamtnote 90 die Kandidaten die Prüfung noch bestehen, die darüber hinausgekommenen werden im mittleren Staatsdienst beschäftigt.

Deutsche Mädchen in Frankreich.

Von Leonore Niessen-Deiters.

[Nachdruck verboten.]

Vor einigen Jahren habe ich auf den Wunsch und die Information einer in Südfrankreich lebenden Vorstandsdame vom Verein der Freundinnen junger Mädchen unter der Aufschrift „Junge Mädchen im Auslande“ einen Artikel veröffentlicht, der mir seither eine Reihe von Zuschriften, namentlich aus Südfrankreich, verschafft hat. Der Artikel bezweckte eine Warnung an alle jungen deutschen Mädchen, ohne genaueste Erkundigung, bestimmteste schriftliche Abmachungen und, last not least, das nötige Alter und die Energie, sich im Notfalle wehren zu können, ins Ausland zu gehen, — nicht um die Strebsamkeit wackerer junger Menschen kleinlich einzudämmen, sondern um Vorkommnisse und Situationen zu vermeiden, die für die einzelne wie für den deutschen Namen draußen gleich unrühmlich, wenn nicht schmählich sind. Die verschiedenen Zuschriften, u. a. von einem deutschen Konsulat in Südfrankreich, veranlassen mich, dieselbe Warnung, und zwar besonders mit Bezug auf Südfrankreich, zu wiederholen; das einmütige, voneinander unabhängige Urteil von seit Jahren an Ort und Stelle ansässigen Deutschen verdient jedenfalls in Deutschland gehört zu werden und wird auf alle Fälle aufklärend wirken.

Die jungen Mädchen, die au pair oder gegen ein geringes Gehalt in Frankreich Stellung suchen, sind zum sehr großen Teil Töchter guter, aber mehr oder weniger vermögensloser Familien, die einen Auslandsaufenthalt, gewöhnlich um die Sprache zu erlernen, nicht erschwingen können, und die gern arbeiten wollen, um ihren Wissensdurst zu befriedigen. An sich gewiß etwas durchaus Vernünftiges und Lobenswertes; kein verständiger Mensch wird einen anderen darum weniger gut behandeln, weil er arbeitet. Aber erstens sind die verständigen Menschen überhaupt in der Minderheit, und zweitens spricht die jeweils übliche Auffassung einer Arbeit oder Stellung stark mit. In Norwegen beispielsweise kann es einem leicht geschehen, daß man in den Ferien in der Sommerfrische etwa von einer jungen Lehrerin bedient wird, die sich auf diese Weise etwas zuverdient oder einen Landaufenthalt möglich macht. Ja eine mit den Verhältnissen vertraute Norwegerin versicherte mir, daß eine Reihe Mädchen aus guten, aber armen Familien einfach Stellungen als Dienstmädchen annähmen, ohne ihre gesellschaftliche Wertung zu verlieren, solange nur ihr Betragen dementsprechend sei. Wenn die Praxis dem entspricht, kann man nur Bravo sagen.

Aber in Frankreich sind die Auffassungen in dieser Beziehung erstens sehr anders, und zweitens geht die überwiegende Menge der jungen Mädchen ganz und gar nicht mit der Absicht hinaus, Dienstmädchen zu werden. Im Gegenteil. Die Anerbieten, namentlich bei den au pair-Stellen, sind meist verlockend genug, und nur zu häufig sieht sich die Sache von Deutschland aus durchaus so an, als ob das junge Mädchen aus gutem Hause in eine gleichgestellte Familie aufgenommen werden sollte, wo es als Entgelt für seinen Aufenthalt und die Annehmlichkeit, umsonst die Sprache zu erlernen, etwas Hausarbeit zu übernehmen hätte. In Wirklichkeit ist seine Stellung sehr viel ungünstiger als die eines Dienstboten, der seine bestimmten Obliegenheiten und Rechte hat: l'Allemande ist der wenig geachtete Packesel, dem man ungeniert alles auflädt, was kein anderer tun mag, und der dafür kein Anrecht auf die geringste freie Stunde hat. Und was sowohl die au pair- wie die übrigen meistens sehr schlecht bezahlten Stellen angeht: das Französischlernen ist gewöhnlich völlig illusorisch. Die junge Deutsche geht nach Frankreich, um Französisch zu lernen, aber man hat sie kommen lassen, um von ihr auf billige Weise Deutsch zu profitieren, und also wird Deutsch mit ihr gesprochen; das heißt, sie muß mit den Kindern Deutsch sprechen, denn eine andere Unterhaltung ist selten. Etwa außer dem Hause die Sprache zu erlernen, schließt sich von selbst aus, da es keine Freistunden, also auch kein Außer-dem-Hause gibt. Bleiben also nur gelegentliche Gespräche mit dem übrigen Dienstpersonal. Daß es nicht das beste Französisch ist, das in der Küche gesprochen wird, versteht sich am Rande, außerdem aber steht l'Allemande selbst in der Küche gewöhnlich ganz isoliert da. Erstens wird sie — wie das häufig der Fall ist: als Tochter aus einem Offizier-, Arzt- oder Beamtenhause — andere freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen wünschen als mit der Köchin oder dem Zimmermädchen, zweitens aber teilt das Personal mit ziemlicher Pünktlichkeit dieselbe Nichtachtung, die die Herrschaft der Allemande entgegenbringt.

Man braucht nicht auszuführen, welch schwere sittliche Gefahren eine solche Isolierung für einen jungen, umgangsbedürftigen und -gewohnten Menschen mit sich bringt. Dazu kommt noch ein Umstand, der von zu vielen Seiten erwähnt, um nicht zu sagen betont wird, als daß ich ihn übergehen dürfte. Im allgemeinen kümmern sich die Herren des Hauses so wenig um das deutsche „Fräulein“ etwa der Kinder, daß es nicht für nötig gehalten wird, ihr auch nur die Tageszeit zu bieten. Ist sie aber jung, so kümmern sie sich im Gegenteil etwas zu viel und etwas zu intensiv um dasselbe „Fräulein“. Führt das dann zu Weiterungen irgendwelcher Art, so ist selbstverständlich niemals der Herr, sondern das „Fräulein“ schuld, und es wird wegen mauvaise conduite entlassen, oder es wird ihr, wenn sie von sich aus kündigt, das ausbedungene Gehalt nicht bezahlt. Eine Dame berichtet mir einen Fall, wo ein deutsches Fräulein auf ein Schloß kam, vermutlich also auf ein durchaus glänzendes Angebot. Ihre Kammertür hatte weder Schloß noch Riegel, was einer der Diener zu einem nächtlichen Ueberfall benutzte. Folge: nicht etwa der Diener, das „Fräulein“ war schuldig, und da ihr nichts übrig blieb, als fortzugehen, bezahlte man ihr Gehalt nicht aus. Am kummervollsten und schmählichsten sind natürlich die Fälle, in denen ein unerfahrenes, törichtes Geschöpf aus der Hülflosigkeit seiner Lage heraus in Schande und Elend kommt, rücksichtslos auf die Straße gesetzt wird und verkommt, oder bestenfalls den Konsulaten oder irgendwelchen Landsleuten zur Last fällt: Fälle, die wahrlich nicht geeignet sind, dem Namen der deutschen Frau drüben in Frankreich Ehre zu machen.

Und das ist der Punkt, den ich meinen deutschen Schwestern eindringlich ans Herz legen möchte. Nicht nur der deutsche Mann, ebenso — wenn nicht noch mehr — die deutsche Frau sollte es als heilige Pflicht betrachten, dem deutschen Namen im Auslande Ehre zu machen. Für eine deutsche Frau, die viel reist, ist es schon wahrlich kein Vergnügen, beobachten zu müssen, wie an den mondänen Plätzen ein immer größerer Prozentsatz der Halbweltlerinnen sich aus Deutschen zusammensetzt. Um so mehr sollte die anständige deutsche Frau es vermeiden, sich dem Ausländer in erniedrigenden und unwürdigen Situationen zu präsentieren. Es ist aber unwürdig, sich draußen zu Diensten gebrauchen zu lassen, an die man im Vaterlande nicht einmal denken würde. Es ist unwürdig, diese Dienste obendrein für kein oder ein so lächerlich geringes Entgelt zu leisten, daß das allein schon und an sich die Arbeitsleistung wie den Arbeitenden herabsetzt. Es ist unwürdig, sich draußen Zumutungen gefallen zu lassen, die der Inländer von der Hand weist, und die man im Vaterlande selbst von der Hand weisen würde.

Es ist ganz gewiß nicht allein die Schuld der örtlichen Auffassung, wenn in Südfrankreich die Allemande an sich so oft mißachtet und mißbraucht wird: zum Mißbrauchen gehören immer zwei! Stolz und Selbstachtung soll die Deutsche haben, die herausgeht, und gerade die, die gezwungen ist, draußen zu arbeiten. Aber um beides bewahren zu können, darf sie unter keinen Umständen leichtsinnig oder leichtgläubig auf irgendein anscheinend glänzendes Angebot durch einen Agenten oder ein Inserat hin losreisen, sondern sie soll nie ohne die genaueste vorherige Erkundigung, ohne klipp und klare schriftliche Festlegung der Pflichten und Rechte sowie eines den Leistungen angemessenen Gehaltes eine Stellung in Frankreich annehmen. Draußen soll sie mit aller Höflichkeit, aber auch mit aller Bestimmtheit auftreten. Man schreibt mir, daß die Engländerin in gleicher Lage selten so schlecht behandelt würde, einfach, weil sie es sich nicht gefallen ließe!

Au pair-Stellen sind immer zu vermeiden. Sie schaden der einzelnen, weil eine unbezahlte Stellung ohne klare Pflichten und Rechte selbst unter günstigen Verhältnissen schiefe Lagen mit sich bringt, wobei zu bedenken ist, daß die Verhältnisse in Frankreich nicht günstig sind, und sie schädigen die Allgemeinheit, indem sie die an sich niedrigen Gehälter noch immer mehr herunterdrücken und damit den Mädchen, die darauf angewiesen sind, die Nahrung verkürzen. Ferner soll sich jedes junge Mädchen vorher darüber ganz klar sein, daß sie keinesfalls als Dame, als Fräulein behandelt werden wird, sondern daß sie einfacher Dienstbotenarbeit entgegengeht, im fremden Land, ohne Freunde und ohne Anschluß irgendwelcher Art, — daß sie die Sprache des Landes nicht lernen wird, sondern daß sie sie vorher wenigstens so weit beherrschen muß, um sich gegebenenfalls ihrer Haut wehren, um mit Bestimmtheit ihre Ansprüche durchsetzen zu können. Nur so ist es möglich, die Stellung des deutschen Fräuleins so weit zu verbessern, daß sie den deutschen Namen in Frankreich nicht länger herabsetzt, wie es zum lebhaften Unwillen so vieler in Frankreich ansässigen Deutschen jetzt so oft der Fall ist.

Hat aber ein junges Mädchen aus gutem Haus, das ohne Vermögen und ohne besondere Talente auf den Broterwerb angewiesen ist, den Mut, die „Dame“ kurzerhand abzuwerfen, so ist es doch sehr zu überlegen, ob sie diesen Mut nicht lieber in Deutschland haben will. In Deutschland, wo sie bei dem wachsenden Mangel an zuverlässigen weiblichen Hausangestellten und bei der wachsenden Achtung vor der Frauenarbeit auf jedem Gebiet so viel mehr Aussicht auf gutes Gehalt und freundliche Behandlung hat, wo es ihr so viel leichter ist, Erkundigungen einzuziehen, — wo man ihr nicht von vornherein mit Mißachtung begegnet, und wo ihr schließlich in verzweifelten Fällen der Schutz des Gesetzes so viel leichter erreichbar ist!